

TAGUNG

Die Bedeutung der öffentlichen Finanzen für die Entwicklung von Nationalstaaten

Mustafa Yeter*

Die Fähigkeit von Nationalstaaten zur effektiven Erhebung von Steuereinnahmen ist von zentraler Bedeutung für die ökonomische Entwicklung sowie das Wirtschaftswachstum. Zahlreiche Entwicklungsländer stehen jedoch vor der Herausforderung, ausreichende Steuereinnahmen zu generieren, um grundlegende öffentliche Güter wie Bildung oder Infrastruktur in entsprechendem Umfang und in ausreichender Qualität bereitzustellen. Die Verbesserung der steuerlichen Leistungsfähigkeit von Entwicklungsländern stellt daher eine wichtige, aber auch komplexe politische Herausforderung dar. Der Reformbedarf beschränkt sich nicht nur auf den Bereich der Steuern, sondern betrifft auch weitere Aspekte der öffentlichen Finanzen wie Ausgabenpolitik und Probleme, die in diesem Zusammenhang durch Korruption oder Patronage entstehen.

Die Güte öffentlicher Finanzen ist auch von zentraler Bedeutung für die Entwicklungspolitik der Europäischen Union (EU). Diese sieht als explizites Ziel auch die Förderung der öffentlichen Finanzen in den Empfängerländern europäischer Entwicklungshilfe vor, um hierdurch ein nachhaltiges sowie inklusives Wachstum zu fördern. Ein substantieller Teil der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel wird daher durch die Förderung transparenter Budgets und effizienter öffentlicher Verwaltung unmittelbar zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen in den Empfängerländern genutzt. Vor diesem Hintergrund wurden auf der ZEW Public Finance Konferenz 2017 aktuelle Forschungsarbeiten an der Schnittstelle von öffentlichen Finanzen und

2017 ZEW Public Finance Conference: Public Finance and Development

Veranstaltet vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und vom Arbeitskreis Europäische Integration (AEI).

Gefördert durch die Europäische Union.

8./9. Mai 2017, Mannheim

Taxation & Firm Behaviour

Chair: Daniela STEINBRENNER, ZEW, Mannheim

Paper Givers: Katarzyna HABU, University of Oxford; Vincent DEKKER, University of Hohenheim; Alessandro DI NOLA, University of Konstanz

Redistribution & Welfare

Chair: Paul HUFÉ, ZEW, Mannheim

Paper Givers: Doina RADULESCU, University of Bern; Charlotte BARTELS, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin; Fabian KINDERMANN, University of Bonn

Public Spending & Debt

Chair: Sarah CIAGLIA, London School of Economics, London

Paper Givers: Kai GEHRING, University of Zurich; Wouter VAN DER WIELEN, KU Leuven; Vera Z. EICHENAUER, ETH Zurich

Keynote: Distributional implications of transition from plan to market

Sergei GURIEV, Sciences Po, Paris

Chair: Friedrich HEINEMANN, ZEW, Mannheim

* Mustafa Yeter, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.

Entwicklung diskutiert. In 15 Sessions präsentierten die TeilnehmerInnen insgesamt 53 Beiträge. Darüber hinaus wurden auch klassische Themen wie die öffentliche Verschuldung, die Verteilung von Einkommen sowie das Steuervermeidungsverhalten von Individuen und Unternehmen aufgegriffen.

Die Wirkung von Steuern auf das unternehmerische Verhalten

In der Session „Taxation & Firm Behaviour“ wurden Studien vorgestellt, die sich mit der Wirkung von Steuern auf das unternehmerische Entscheidungsverhalten beschäftigen. So nutzt die Studie von *Katarzyna Habu* eine Steuerreform, die sowohl die Kapitalkosten als auch die Liquidität von kanadischen Income Trusts beeinflusst, um die Auswirkungen auf das Investitionsverhalten in einem quasiexperimentellen Umfeld zu untersuchen. Die Resultate zeigen, dass für unternehmerische Investitionen eine höhere Liquidität entscheidender ist als niedrige Kapitalkosten. Die Studie von *Vincent Dekker* untersucht die Auswirkungen von Patentboxen für geistiges Eigentum auf Unternehmen innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Bezug auf ihre Innovationsfähigkeit. Die empirischen Ergebnisse der Studie legen nahe, dass sich durch die Einführung von Patentboxen ohne konkrete Entwicklungsbedingung die Innovationsfähigkeit von Unternehmen nicht steigern lässt. *Alessandro Di Nola* analysiert in seiner Studie die steuerlichen Determinanten der Schattenwirtschaft in Bulgarien. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass der Anteil der in der Schattenwirtschaft aktiven Unternehmen mit zunehmender Produktivität sinkt und Ertragssteuern sowie Sozialabgaben lediglich eine untergeordnete Rolle für diese Entscheidung spielen.

Umverteilung und Wohlfahrt

Die in der Session „Redistribution & Welfare“ präsentierten Studien beschäftigen sich mit den Effekten verschiedener Instrumente des

Development Aid

Chair: Christoph HARENDT, ZEW, Mannheim
Paper Givers: Angelika MÜLLER, Heidelberg University, Heidelberg; Sarah LANGLOTZ, Heidelberg University, Heidelberg; Alexandra AVDEENKO, University of Mannheim; Andreas FUCHS, Heidelberg University, Heidelberg

Tax Competition & Optimal Taxation

Chair: Verena DUTT, ZEW, Mannheim
Paper Givers: Kaushal KISHORE, University of Pretoria; Simon NAITRAM, University of Glasgow; Emanuel HANSEN, University of Cologne

Fiscal Transfers

Chair: Zareh ASATRYAN, ZEW, Mannheim
Paper Givers: Giorgio GULINO, University of Bologna; Katharina RICHERT, Heidelberg University, Heidelberg; Brice FABRE, Paris School of Economics, Paris; Zareh ASATRYAN, ZEW, Mannheim

State Capacity

Chair: Julia BRAUN, ZEW, Mannheim
Paper Givers: Roel DOM, University of Nottingham; Tiangboho SANOGO, CERDI-Université d'Auvergne, Clermont-Ferrand; Antonio SAVOIA, University of Manchester

Elasticity of Taxable Income

Chair: Katharina NICOLAY, ZEW, Mannheim
Paper Givers: Carina WOODAGE, ZEW, Mannheim; Albrecht BOHNE, University of Mannheim; Gauthier LANOT, Umeå University, Umeå; Marcelo BERGOLO, IECON-Universidad de la República, Montevideo

Fiscal Decentralization

Chair: Annika HAVLIK, ZEW, Mannheim
Paper Givers: Mariana LOPES DA FONSECA, Max Planck Institute for Tax Law and Public Finance, München; Christian FREY, University of Lucerne; Pablo EVIA, University of Bonn; Ekkehard A. KÖHLER, Walter Eucken Institute, Freiburg

Tax Incidence and Reforms

Chair: Rainer BRÄUTIGAM, ZEW, Mannheim
Paper Givers: Johannes BECKER, University of Münster; Jarkko HARJU, VATT Institute for Economic Research, Helsinki; Jonathan PYCROFT, Europäische Kommission, Joint Research Centre, Sevilla; Mariona MAS MONTSERRAT, University of Barcelona

Wohlfahrtsstaates. So untersucht die Studie von *Doina Radulescu* am Beispiel der Berner Energieversorgung, inwiefern die Preissetzung für öffentliche Versorgungsleistungen die Umverteilungswirkung öffentlicher Steuern sinnvoll ergänzen kann. Die von *Charlotte Bartels* präsentierte Studie beschäftigt sich hingegen mit der langfristigen Wirkung staatlicher Umverteilung. Auf Basis einer Differenzierung zwischen Personen und der langfristigen Versicherungswirkung für den einzelnen Beitrags- bzw. Steuerzahler versucht sie, Wohlfahrtssysteme verschiedener Länder nach Typen zu klassifizieren sowie die Determinanten ihrer Ausprägung zu identifizieren. *Fabian Kindermann* ging der Frage nach, inwiefern sich Erbschaftssteuern und die damit verbundenen Vermögenseffekte auf das Arbeitsangebot auswirken. Es zeigt sich, dass der deutsche Staat für jeden Euro eingenommener Erbschaftsteuer zusätzlich neun Cent an Einkommenssteuer erwarten kann.

Öffentliche Ausgaben und Verschuldung

In der Session „Public Spending & Debt“ wurden Studien vorgestellt, die unterschiedliche Aspekte der Verschuldung von Nationalstaaten analysieren. So untersucht *Kai Gehring* in seiner Studie, ob die Kreditprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachhaltig die Kreditwürdigkeit der Empfängerländer an den Finanzmärkten verbessern. Die empirischen Ergebnisse dokumentieren eine solche Verbesserung, da der Erhalt der IWF-Mittel als Signal zur Reformbereitschaft gesehen werde. *Wouter van der Wielen* entwickelt in seiner Studie ein Modell zur stochastischen Charakterisierung der Budgetdisziplin im europäischen Währungsraum. Es zeigt sich, dass die Politikunsicherheit gemessen an der Gesamtunsicherheit in der kurzen Frist eine größere Bedeutung für die Entwicklung des Schuldenstandes besitzt als makroökonomische Schocks. *Vera Z. Eichenauer* untersucht in ihrer Studie das Phänomen des Dezember-Fiebers. Die empirischen Resultate dokumentieren Ausgabenmaxima zum Jah-

Taxes & Welfare in the Lab

Chair: Sebastian BLESSE, ZEW, Mannheim

Paper Givers: Colin KUEHNHANS, Vrije Universiteit Brussel; Jana FRIEDRICHSEN, Humboldt-Universität zu Berlin; Eckhard JANEBA, University of Mannheim; Tuomas MATIKKA, VATT Institute for Economic Research, Helsinki

Poverty & Social Protection

Chair: Olena PFEIFFER, ZEW, Mannheim

Paper Givers: Li YANG, Paris School of Economics, Paris; Paul HUFÉ, ZEW, Mannheim; Jukka PIRTILÄ, University of Tampere; Torben FISCHER, University of Mannheim

Keynote: The Digital Revolution and Targeting Public Expenditure for Poverty Reduction

Ravi KANBUR, Cornell University, Ithaca

Chair: Andreas PEICHL, ZEW, Mannheim

Tax Compliance

Chair: Philipp DÖRRENBURG, ZEW, Mannheim

Paper Givers: Mazhar WASEEM, University of Manchester; Amanda TUSET CUEVA, University of Erlangen-Nuremberg; Jost HECKEMEYER, Leibniz Universität Hannover; Johannes VOGET, University of Mannheim

International Taxation

Chair: Maximilian TODTENHAUPT, ZEW, Mannheim

Paper Givers: Nathan SEEGERT, University of Utah, Salt Lake City; Maximilian TODTENHAUPT, ZEW, Mannheim; Dominik VON HAGEN, University of Mannheim

Political Competition & Voting

Chair: Mustafa YETER, ZEW, Mannheim

Paper Givers: Stefanie GÄBLER, ifo Institute, München; Christian BRUNS, University of Göttingen; Vitezslav TITL, KU Leuven

resende und zeigen weiter, dass diese Anstiege mit zunehmender Qualität in den nationalen öffentlichen Verwaltungen niedriger ausfallen.

Verteilungswirkungen beim Übergang von Plan- zu Marktwirtschaft

In seiner Keynote betrachtete *Sergei Guriev* die Verteilungswirkungen beim Übergang von Plan- zu Marktwirtschaft. Auf Basis von Befragungsdaten für die ehemaligen kommunistischen Staaten legte er dar, dass lediglich eine Minderheit von 44 Prozent der Bevölkerung durch den Wechsel zur Marktwirtschaft eine Zunahme ihres Einkommens erlebt hat. Dieser Zuwachs konzentrierte sich darüber hinaus auf die oberen Dezile der Verteilung, während das Einkommenswachstum im Falle der unteren Dezile lediglich unterdurchschnittlich gewesen sei. Da eine Steigerung der verfügbaren Einkommen nur langsam und erst langfristig erfolgt sei, könne dies die negative Wahrnehmung der Transition erklären sowie eine weitere Stärkung radikaler politischer Parteien nach sich ziehen.

Guriev präsentierte auch Ergebnisse zum subjektiven Wohlbefinden und zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Übergangs zur Marktwirtschaft. Während ersteres stark zugenommen habe und die anfängliche Lücke zu den G7-Staaten geschlossen wurde, verdeutlichten geringere Körpergrößen von Menschen, die während des Übergangs der Wirtschaftssysteme zur Welt gekommen sind, die gesundheitlichen Auswirkungen der Transition. Dieser Effekt verstärkte sich mit abnehmendem Ausbildungsgrad der Mutter.

Die Motivation und Wirkung von Entwicklungshilfe

In der Session „Development Aid“ wurden Studien vorgestellt, die sich mit der Motivation und den Effekten von Entwicklungshilfe beschäftigen. So analysiert die Studie von *Sarah Langlotz*, inwieweit Entwicklungshilfe die Militärausgaben des Empfängerlandes erhöht. Die Ergebnisse dokumentieren einen positiven Effekt, der aber nur dann robust ist, wenn die Entwicklungshilfe direkt zwischen den Staaten und nicht über Dritte fließt. *Angelika Müller* untersuchte, weshalb sich Länder ent-

scheiden, Entwicklungshilfe zu leisten. Die Analyse zeigt, dass sich vor allem wohlhabende Länder mit starkem Wirtschaftswachstum und jene mit einer starken Polarisierung der Außenpolitik in der Entwicklungshilfe engagieren. Die Studie von *Alexandra Avdeenko* untersucht die Wirksamkeit von humanitären Hilfsprogrammen zur Vorbereitung auf extreme Wetterereignisse. Die Resultate im Kontext eines Projektes einer Nichtregierungsorganisation in Pakistan legen nahe, dass die Wirksamkeit hoch ist. *Andreas Fuchs* zeigt in seiner Studie, dass Entwicklungshilfe die Zahl der abgehenden Flüchtlinge nicht senkt, jedoch die Zahl der in das jeweilige Geberland kommenden Flüchtlinge reduziert.

Steuerwettbewerb und optimale Besteuerung

Gegenstand der Session „Tax Competition & Optimal Taxation“ waren theoretische und empirische Überlegungen zu Fragen des Steuerwettbewerbs und optimaler Einkommensbesteuerung. *Kaushal Kishore* präsentierte eine Studie zum Steuerwettbewerb unter Berücksichtigung eines möglichen „home bias“ von Investoren. Er zeigte, dass ein Land den Anreiz hat, sich einseitig zu einem Steuerregime mit einheitlichem Steuersatz für in- und ausländisches Kapital zu verpflichten, selbst wenn das Wettbewerbsland unterschiedliche Steuersätze vorsieht. *Simon Naitram* demonstriert, dass der beobachtbare Trend sinkender Steuersätze sowohl auf den Wettbewerb um Realinvestitionen als auch auf die Sicherung der steuerlichen Bemessungsgrundlage vor Gewinnverlagerung in Steueroasen zurückzuführen ist. In der von *Emanuel Hansen* präsentierte Studie werden die Bedingungen hergeleitet, unter denen die soziale Wohlfahrt durch einen Earned Income Tax Credit mit negativen Grenzsteuern und negativen Beteiligungssteuern auf niedrige Einkommen maximiert wird. Die Ergebnisse legen nahe, dass ein Earned Income Tax Credit dann optimal ist, wenn der Umverteilungsgedanke von Reichen zu Armen stark und der von Armen zu sehr Armen nur schwach ausgeprägt ist.

Die politische Ökonomie von Fiskaltransfers

In der Session „Fiscal Transfers“ wurden Studien vorgestellt, die eine politökonomische Analyse der Allokation von Fiskaltransfers innerhalb eines Landes sowie der Kreditvergabe von internationalen Organisationen durchgeführt haben. Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie von *Giorgio Gulino*, inwieweit die Parteifragmentierung im Gemeinderat Einfluss auf die Fiskalpolitik nimmt, wenn eine bindende Schuldengrenze vorliegt. Die Resultate auf Basis von italienischen Daten zeigen, dass eine zunehmende Fragmentierung mit einer Reduktion der Steuereinnahmen sowie der Ausgaben einhergeht. *Brice Fabre* testete, ob französische Gemeinden, in denen ein Minister zuvor gearbeitet oder als Kind gelebt hat, mehr Transfers erhalten. Die Ergebnisse dokumentieren einen um 45 Prozent erhöhten Transferbezug bei einer beruflichen Verbindung des Ministers zu der Gemeinde, jedoch keinen Effekt für Gemeinden, in denen die Kindheit verbracht wurde. *Zareh Asatryan* testet in einer inhaltlich verwandten Studie das Vorhandensein eines „home bias“ im Falle der Europäischen Investitionsbank. Auch er findet Evidenz für eine um 20 Prozent gesteigerte Allokation von Fördermitteln. *Katharina Richert* untersuchte, ob die Repräsentanz eines Landes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder im Rat der International Finance Corporation zu einer gesteigerten Kreditvergabe an dieses führt. Die empirischen Ergebnisse deuten auf solch einen Zusammenhang hin und dokumentieren weiterhin, dass insbesondere große Unternehmen von diesen Krediten profitieren.

Staatskapazität in Entwicklungsländern

In der Session „State Capacity“ wurden drei empirische Studien aus dem Themenbereich Staatskapazität in Entwicklungsländern vorgestellt. Die Studie von *Roel Dom* untersucht, ob teilautonome Finanzverwaltungen, die seit den 1990er Jahren in einer Reihe von Staaten in Subsahara-Afrika eingeführt wurden, zu den erhofften Erhöhungen der Steuereinnah-

men geführt haben. Die Ergebnisse deuten auf keine signifikant positiven Effekte. Im Rahmen einer Fallstudie für die Elfenbeinküste identifizierte *Tiangboho Sanogo* einen positiven Zusammenhang zwischen dem Grad der Dezentralisierung und dem Zugang zu Dienstleistungen wie Bildung. *Antonio Savoia* präsentierte eine Studie, welche die Wirkung politischer Institutionen auf die fiskalische Kapazität in 46 Entwicklungsländern untersucht und zeigt, dass diese insbesondere durch eine verstärkte Haftung der Exekutive und mehr Transparenz gefördert werden kann.

Elastizität des besteuerten Einkommens

Methodische Besonderheiten sowie mögliche Verzerrungswirkungen bei der Schätzung der Elastizität des besteuerten Einkommens waren die Themen der Session „Elasticity of Taxable Income“. So untersuchte *Carina Woodage* mit Hilfe einer Metaanalyse empirischer Studien, inwiefern spezifische Studieneigenschaften, wie beispielsweise die Anwendung bestimmter Methoden, Einfluss auf die Höhe der geschätzten Elastizitäten ausüben. Sie zeigte, dass insbesondere das Schätzverfahren, die institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Frage, ob die Studie publiziert ist, das Ergebnis beeinflussen. *Albrecht Bohne* präsentierte seine Studie, in deren Fokus die Frage steht, inwiefern sich Verhaltensreaktionen auf Steuern über die Zeit verändern, z.B. durch Lernen. Die Ergebnisse unterstreichen, dass Steuerpflichtige mit zunehmender Erfahrung bei der Erstellung ihrer Steuererklärung eher auf Knicke im Steuertarif reagieren und so Steuern vermeiden. *Gauthier Lanot* ging der Frage nach, inwiefern Schätzungen der Steuerelastizität des Einkommens möglicherweise einer Verzerrung unterliegen. Er gab zu bedenken, dass Studien, die sich in ihrer Analyse auf Knicke im Steuertarif konzentrieren, lediglich eine lokale Reaktion messen und sich nicht für weitergehende steuerpolitische Schlussfolgerungen eignen. *Marcelo Bergolo* analysierte in seiner Studie die Sensitivität der berichteten Arbeitseinkünfte auf die Ausge-

staltung des Einkommensteuertarifs. Insbesondere im Falle des ersten Knicks der Tariffunktion dokumentieren die Ergebnisse eine starke Reaktion der Steuersubjekte.

Fiskalische Dezentralisierung

Die Beiträge der Session „Fiscal Decentralization“ beschäftigten sich mit unterschiedlichen Aspekten von föderalen Systemen, insbesondere der fiskalischen Dezentralisierung. *Mariana Lopes da Fonseca* untersuchte die Einführung einer lokalen Gewerbesteuer in Portugal. Die Ergebnisse zeigen, dass Gemeinden kurz nach der Steuereinführung in Steuerwettbewerb treten, dessen Intensität mit der Zeit aber nachlässt. *Christian Frey* analysierte den Zusammenhang von Fiskalföderalismus und Einkommensungleichheit in der Schweiz und findet, dass eine erhöhte fiskalische Dezentralisierung und eine erhöhte Gemeindeanzahl im Verhältnis zur Kantonsbevölkerung die Bruttoeinkommensungleichheit verringern sowie eine gleichmäßigere Verteilung des verfügbaren Einkommens bewirken. *Pablo Evia* beschäftigte sich mit der Frage, ob eine erhöhte Budgetverantwortung der Gemeinden in Bolivien zu einem besseren Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen sowie zu einer besseren Ernährung führt. Er kam jedoch zu dem Schluss, dass Effekte mehrheitlich bei der nicht von Armut betroffenen Bevölkerung zu verzeichnen sind. *Ekkehard Köhler* zeigt in der von ihm vorgestellten Studie, dass Dezentralisierung keinen signifikanten Effekt auf ausländische Direktinvestitionen in OECD-Ländern hat, allerdings negative Auswirkungen auf solche in Nicht-OECD-Ländern.

Steuerinzidenz und Reformen

In der Session „Tax Incidence and Reforms“ wurden zunächst zwei Studien vorgestellt, die sich mit aktuellen Reformüberlegungen zur Unternehmensbesteuerung in der EU und den USA auseinandersetzen. *Johannes Becker* diskutierte die Konsequenzen der Einführung einer sogenannten Destination Based Cash

Flow Tax, bei der sich die Besteuerung nach dem Bestimmungsland richtet und die für deutsche Exporte in die USA zu einer Zusatzsteuer führen könnte. *Jonathan Pycroft* untersuchte die Wirkung einer Harmonisierung der Körperschaftsteuer in der EU. Neben möglichen positiven Effekten für Investitionen deuten die Resultate auch auf reduzierte Steuerbefolgungskosten für Unternehmen. Die mögliche Umlage einer Dieselsteuererhöhung auf die Verbraucher in Finnland wurde von *Jarkko Harju* untersucht. Er stellte fest, dass 70 bis 75 Prozent der Steuererhöhung auf den Dieselpreis für die Endverbraucher umgelegt werden. *Mariona Mas Montserrat* analysierte die Auswirkungen der (Wieder-)Einführung einer Vermögensteuer in Spanien. Durch die Untersuchung verschiedener Vermögensklassen zeigen die Ergebnisse, dass es Steuerpflichtigen teilweise gelingt, steuerpflichtiges Privatvermögen als teilweise steuerbefreites Betriebsvermögen zu deklarieren.

Steuer- und Wohlfahrtsanalysen in Laborexperimenten

Das verbindende Element der in der Session „Taxes & Welfare in the Lab“ präsentierten Studien war die Durchführung von Laborexperimenten und Befragungen im Kontext von Steuer- und Wohlfahrtsanalysen. So untersucht die Studie von *Colin Kuehnhans*, ob im Rahmen einer Befragung von belgischen Politikern die Formulierung der Fragen einen Einfluss auf die geäußerten Präferenzen hinsichtlich einer Reform des Kindergeldes und der Kraftfahrzeugsteuer hat. Die Ergebnisse deuten auf einen starken Einfluss der Formulierung sowie dessen Variation. *Jana Friedrichsen* hingegen untersuchte, ob Stigmatisierungseffekte durch Transferbezug festgestellt werden können und ob diese mit der Sichtbarkeit der Unterstützungsleistung variieren. Die Resultate des Laborexperiments liefern Evidenz für die Präsenz eines Stigmatisierungseffektes, welcher mit zunehmender Sichtbarkeit verstärkt wird. Der Einfluss der Mobilität von Individuen mit hohem Einkommen auf die Steuerpolitik ist der Gegen-

stand der Studie von *Eckhard Janeba*. Während das Laborexperiment Ergebnisse ergab, welche sehr nah an der Mobilitätsentscheidung eines rational agierenden Agenten liegen, dokumentieren die Ergebnisse aus dem Online-Experiment irrationales Verhalten, welches durch die politische Ideologie des Befragten beeinflusst wird. *Toumas Matikka* wiederum analysierte, inwiefern die Ergebnisse von Bunching-Analysen in Folge von Steuerreformen durch nicht berücksichtigte Optimierungsfriktionen auf dem Arbeitsmarkt verzerrt werden. Die Ergebnisse deuten auf eine Unterschätzung des tatsächlichen Wohlfahrtsverlustes hin, wenn diese Friktionen auf dem Arbeitsmarkt nicht berücksichtigt werden.

Armutsbekämpfung und soziale Sicherung

Die in der Session „Poverty & Social Protection“ präsentierten Beiträge diskutierten unterschiedliche fiskalpolitische Strategien zur Bekämpfung von Armut und zur Steigerung der sozialen Sicherung. *Li Yang* stellte eine deskriptive Studie vor, in der er die Entwicklung von Vermögensverteilung, durchschnittlichem Einkommen, Armut und Ungleichheit in China im Zeitraum zwischen 1978 und 2015 analysiert. Die Studie von *Paul Hufe* untersucht anhand eines theoretischen Modells die Bemessung der Ungleichheit und deren Einfluss auf die Armutsbekämpfung. *Jukka Pirttilä* untersuchte die Auswirkung der Einführung von Sozialschutzmaßnahmen auf die Ungleichheit. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Steuererhöhung zur Finanzierung erweiterter sozialer Sicherung substanziell sein müsste, jedoch auch aufkommensneutrale Änderungen positive Effekte auf die Armut hätten. *Torben Fischer* beschäftigte sich mit der Entwicklung des Krankenversicherungsmarktes in Entwicklungsländern und beschrieb anhand des Beispiels Pakistan dessen Herausforderungen.

Die Rolle der digitalen Revolution für zielgerichtete Fiskaltransfers

In seiner Keynote diskutierte *Ravi Kanbur* das Potenzial sowie die Grenzen der Digitalisie-

rung für zielgerichtete Fiskaltransfers mit dem Ziel der Armutsreduktion. Auf Basis von Erfahrungen mit Reformen in Entwicklungsländern zeigte er, dass Digitalisierung zwar einen großen Beitrag zur Bekämpfung von ungerechtfertigtem Transferbezug leisten, jedoch nicht alle fundamentalen Probleme im Kontext zielgerichteter Transferzahlungen lösen kann.

Während die digitalen Tools grundsätzliche Vorteile wie die Verringerung der Kosten der Transferverteilung sowie biometrische Identifikation ermöglichen, lösen sie nicht die fundamentalen Probleme, die durch die Zielgerichtetheit von Fiskaltransfers entstehen. So genüge eine rein biometrische Identifikation nicht, um sicherzustellen, dass eine Berechtigung zum Erhalt des Transfers besteht. Auch könne die Digitalisierung nicht die grundsätzlichen Arbeitsanreizwirkungen verändern, die durch den Transferbezug im Kontext des vorherrschenden Steuer- und Transfersystems entstünden. Ferner sei sie ungeeignet, um politökonomische Probleme zu lösen, die durch die Finanzierung der Transferzahlungen entstehen. Die Digitalisierung sei somit insgesamt kein Universalrezept zur effektiven Verteilung solcher Fördermittel, jedoch trage sie zur Lösung einiger Probleme bei.

Steuervermeidungsverhalten von Unternehmen und Individuen

Das Steuervermeidungsverhalten von Unternehmen und Individuen war das übergeordnete Thema der Session „Tax Compliance“. *Mazhar Waseem* schätzte das Ausmaß von Steuerhinterziehung auf Basis von Verhaltensanpassungen. Die Resultate für Pakistan legen nahe, dass bis zu 70 Prozent der Selbständigen Steuern hinterziehen und dass dieser Betrag kumulativ 1 Prozent des Lohneinkommens entspricht. *Amanda Tuset Cueva* untersucht in ihrer Studie den Einfluss der Effizienz in der öffentlichen Verwaltung auf das Steuerhinterziehungsverhalten. Die Ergebnisse deuten auf ein nicht verändertes Hinterziehungsverhalten in Folge von Effizienzgewin-

nen durch niedrigere administrative Kosten. *Jost Heckemeyer* untersuchte, ob sich das Steuerhinterziehungsverhalten bei länderübergreifenden Portfolioinvestitionen als Folge von Steuerinformationsaustauschabkommen verändert. Die Studie dokumentiert starke Verhaltensanpassungen im Falle von Steueroasen, jedoch keine im Falle von Nicht-Steueroasen. *Johannes Voget* untersuchte, inwieweit Eigentümer von kleinen und mittelgroßen Unternehmen ihre unternehmerische Aktivität in Reaktion auf eine Steuerreform verändern. Die Ergebnisse legen nahe, dass Unternehmer zum Jahresende hin deutlich niedrigere Unternehmensaktivitäten berichten, um ein Aufrücken in die nächsthöhere Stufe des Steuertarifs zu vermeiden.

Internationale Besteuerung

In der Session „International Taxation“ wurden empirische Studien zur Wirkung von Unternehmensbesteuerung im internationalen Kontext vorgestellt. In der Arbeit von *Nathan Seegert* wird untersucht, wie Krankenhäuser in den USA auf steuerliche Anreize für Investitionen reagieren. Er kam zu dem Ergebnis, dass die betroffenen Krankenhäuser ihre Investitionstätigkeit deutlich erhöhen, allerdings nur dann, wenn sie in einem Umfeld mit relativ geringer Wettbewerbsintensität agieren. Die Studie von *Maximilian Todtenhaupt* analysiert die Produktivitätsentwicklung von Unternehmen nach Fusionen und Übernahmen in Abhängigkeit von der effektiven Steuersatzdifferenz zwischen Käufer und Zielunternehmen. Unterschiede bei der Besteuerung von Gewinnen führten dazu, dass Unternehmen nach der Übernahme ineffiziente Restrukturierungsentscheidungen treffen, wodurch der übernahmebedingte Produktivitätsgewinn sinke. Unterschiedliche Steuerbelastungsniveaus seien allerdings auch ein Anreiz für Unternehmen, Gewinne nach Abschluss einer Übernahme zwischen einzelnen Standorten zu verschieben. Dies zeigt die empirische Analyse von *Dominik von Hagen* zur Gewinnverlagerungsaktivität nach Fusionen und Übernahmen. Darüber hinaus wie-

sen die Ergebnisse darauf hin, dass die durch die Gewinnverlagerung bedingte Minderung der Steuerzahlung auch zu einer Erhöhung der Unternehmensinvestitionen nach Fusionen und Übernahmen führen kann.

Politischer Wettbewerb und Abstimmungsverhalten

Der Fokus der Session „Political Competition & Voting“ lag auf der Wirkung des politischen Wettbewerbs auf das Abstimmungsverhalten. Die Studie von *Stefanie Gäbler* untersucht in diesem Zusammenhang, inwiefern sich eine Wahlpflicht auf das Abstimmungsverhalten auswirkt. Die Resultate zeigen, dass in Folge der Einführung der Pflicht die Wahlbeteiligung nachhaltig steigt und auf erhöhtem Niveau verweilt, während jedoch im Abstimmungsverhalten keine Änderungen festzustellen sind. *Christian Bruns* untersuchte, inwieweit die Ziele von Wahlen in demokratischen Systemen, das Setzen von Anreizen und die Selektion von Politikern im Falle ignorer Wähler erreicht werden können. Die Studie von *Vitezslav Titl* hingegen untersucht, ob und unter welchen Bedingungen Wahlkampfspenden durch Unternehmen zu einer späteren Bevorzugung bei öffentlichen Ausschreibungen führen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen Firmenspenden an die später siegreiche Partei und höheren Auftragsvolumina bei der öffentlichen Beschaffung besteht und dass dieser Effekt verstärkt wird, wenn Unternehmen bereits in der Vergangenheit Vertragsnehmer waren.

Neue Denkanstöße zur Bedeutung der öffentlichen Finanzen

Die ZEW Public Finance Konferenz 2017 verdeutlichte die Relevanz der öffentlichen Finanzen für die Entwicklung von Nationalstaaten und gab einen differenzierten Blick auf die Chancen und Probleme. Aspekte wie fiskalische Dezentralisierung, Staatskapazität und die Ausgestaltung des Steuer- und Transfersystems standen dabei im Vordergrund. Es wurde jedoch auch klar, dass neue Entwick-

lungen wie die Digitalisierung nicht die Lösung bestehender Probleme darstellen. Die gewonnenen Erkenntnisse besitzen auch eine hohe Relevanz im europäischen Kontext, da die Förderung der öffentlichen Finanzen ein

strategisches Ziel der EU-Entwicklungshilfe ist, um auch auf diesem Weg ein nachhaltiges und inklusives Wachstum zu fördern. Die Konferenz hat hierzu neue Denkanstöße gegeben.